

Uncle Sam hört mit!

Eine neue Enthüllungsaffäre um US-Geheimdienste schlägt hohe Wellen: Neue Dokumente („Top secret“), die von Zeitungen veröffentlicht werden, bestätigen den alten Verdacht: Der geheimste aller 16 US-Geheimdienste, die „National Security Agency“ (NSA) überwacht und schöpft seit 2007 unter dem Code-Namen „Prism“ alle Internetnutzer ab: E-Mails, Fotos, Blogs, Videos, Websites, Telefonverbindungsdaten. Als Argument dient die „Terroristenjagd“. Ziel ist die elektronische Durchleuchtung aller Menschen der Welt durch den „Großen Bruder USA“. Das Spitzelsystem besonders gegen Print-, Audio- und TV-Medien wurde unter Obama massiv ausgebaut.

Türkenkriege? Nie gehört!

Auf den Abwehrkampf der Wiener gegen die osmanischen Angreifer oder die Türkenkriege im 16. und 17. Jahrhundert angesprochen, könnten junge Österreicher bald ratlos mit den Schultern zucken: Aus Rücksichtnahme auf Zuwanderer türkischer Herkunft wurde Lehrern einer Wiener Volksschule von ihrem Schuldirektor nahegelegt, das Thema im Unterricht nicht mehr zu behandeln. Wer sich nicht daran halte, dem drohe die Versetzung, berichtet die Zeitung Krone. Immerhin könnten die Türken beleidigt sein, wenn sie in der Schule an ihre Niederlagen erinnert werden. Für die österreichische Geschichte sind die Türkenkriege allerdings von immenser Bedeutung, allein Wien stand zweimal unter großen türkischen Belagerungen - und schlug die Angreifer beide Male zurück. Eltern sind empört über den Vorstoß des Wiener Schuldirektors, auch die Krone spricht von „Geschichtsverfälschung“.

ZITAT

Dem Staat ist es nie an der Wahrheit gelegen, sondern immer nur an der ihm nützlichen Wahrheit, noch genauer gesagt, überhaupt an allem ihm Nützlichen, sei dies nun Wahrheit, Halbwahrheit oder Irrtum.

Friedrich Nietzsche

SPD-„Argumente“ gegen rechts

Am Rande einer rechten Kundgebung im saarländischen Homburg wurde die NPD-Funktionärin Ricarda Riefling von einem SPD-Funktionär brutal niedergeschlagen. Zu der Auseinandersetzung kam es, nachdem die Teilnehmer der Kundgebung das Lied der Deutschen singen wollten. Darüber ereiferten sich umstehende Linksextremisten. Unter ihnen: der SPD-Landrat Clemens Lindemann. Inmitten der von den linken Chaoten aufgeheizten Stimmung preschte Lindemann vor und erklärte die rechte Kundgebung aufgrund des Abspielens des Lieds der Deutschen - immerhin der Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland! - für beendet. „Das darf sich ein Staat nicht gefallen lassen, deswegen bin ich auch eingeschritten“, so Lindemann später. Es schloß sich ein Wortgefecht zwischen Lindemann und dem Veranstaltungsleiter an, welches Frau Riefling mit ihrem Mobiltelefon mitgeschnitten haben soll. Daraufhin rastete Lindemann offenbar aus und - so berichtet die Saarbrücker Zeitung - „wollte das Gerät wegdrücken“. Riefling sieht das anders: Lindemann hätte ihr das Telefon zu entreißen versucht. Schon dabei sei der SPD-Mann dermaßen brachial vorgegangen, daß die vierfache Mutter Quetschungen an der Hand erlitt und Schäden am Telefon entstanden. Unstrittig ist: Riefling verpaßte ihm daraufhin eine Ohrfeige. Nach ihren Angaben schlug Lindemann ihr daraufhin brutal mit der Faust ins Gesicht. Sie habe dadurch eine Prellung des Nasenbeins, Nasenbluten und eine Schädelprellung erlitten.

159 Straßennamen von der Nazi Zeit belastet

Zwei Jahre lang hat eine Expertenkommission im Auftrag der Stadt sämtliche Wiener Straßennamen im Hinblick auf ihre historische Belastung unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: 159 von insgesamt 4379 personenbezogenen Verkehrsflächen weisen eine „kritische Benennung“ auf. Das heißt, daß jenen Personen, nach denen diese Straßen benannt sind, eine mehr oder weniger ausgeprägte problematische Haltung zum Antisemitismus bzw. Nationalsozialismus attestiert werden konnte. Unter den gelisteten Persönlichkeiten finden sich etwa Politiker wie Julius Raab, Karl Renner oder Ignaz Seipel, Künstler wie Herbert von Karajan, Richard Strauss oder Roland Rainer, der Radsportler Franz „Ferry“ Dusika oder der Autobauer Ferdinand Porsche. Etwaige Umbenennungen fielen in den Aufgabenbereich der Wiener Stadtpolitik.

NSU: Das Märchen vom „braunen Terror“

Jürgen Elsässer im Gespräch mit Michael Vogt über das nützliche Phantom einer „braunen Armeeformation“ und die Instrumentalisierung deutscher Zeitgeschichte.

Zuerst war die Rede von „Döner-Morden“, dann vom „Nationalsozialistischen Untergrund“. Beide Begriffe verharmlosen. Reden wir Klartext: Zehn Menschen wurden kaltblütig hingerichtet. Es war die grausigste Mordserie in Deutschland nach 1945. Und trotzdem konzentriert sich die Strafverfolgung auf eine kleine Gruppe Rechtsradikaler - und spielt die Rolle von Agenten herunter.

Doch während man bei früheren Morden - John F. Kennedy, Siegfried Buback, Uwe Barschel - sowie beim 11. September 2001 den geheimdienstlichen Hintergrund nur mit einigem Aufwand aufdecken konnte, liegt er im aktuellen Falle offen zu Tage: Man hat in der Zwickauer Wohnung des Neonazi-Trios „echte falsche“ Alias-Papiere gefunden, die nur von Behörden ausgestellt werden können; der hessische Verfassungsschützer Andreas Temme („Klein Adolf“) war mindestens bei einem Mord zur Tatzeit am Tatort und in fünf weiteren in Tatortnähe; schließlich liegt ein Beobachtungsprotokoll des US-Geheimdienstes CIA vor, wonach sich mindestens ein Verfassungsschutzmann bei der Schießerei aufhielt, der 2007 in Heilbronn eine Polizistin zum Opfer fiel. Daß die Tatversion der Behörden nicht stimmt, ist offensichtlich: Die „magische Ceska“ der „Döner-Morde“ wird dereinst in den Geschichtsbüchern eine ähnliche Rolle spielen wie die „magische Kugel“ beim Attentat auf JFK; die Bekennervideos, die unzerstört in den Brandruinen des Zwickauer NSU-Unterschlupfes gefunden worden sein sollen, erinnern an den unentflammbaren Reisepaß eines der angeblichen 9/11-Hijacker in den geschmolzenen Fundamenten der Twin Towers. Und der Doppelselbstmord von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos ist schon jetzt genauso unwahrscheinlich wie der Freitod von Jürgen Möllemann. Wie viele Beweise will man denn noch? Warum wird jeder rechtsradikale Rabauke als Terrorhelfer angesehen - aber „Klein Adolf“ bleibt nicht nur auf freiem Fuß, sondern arbeitet weiter im Staatsdienst? Warum liefert die Türkei den CIA-Mann Mevlüt Kar nicht aus, der ebenfalls bei der Bluttat in Heilbronn vor Ort war? Wer will, daß wir die Gefahren für unsere Demokratie ausschließlich in der ohnmächtigen Splitterpartei NPD sehen - und nicht in den mächtigen Geheimdiensten? Angesichts der Symbiose von Terroristen und Agenten ist es kein Wunder, daß altlinke Theorien wie die vom „faschistischen Staat“ derzeit Konjunktur haben. Doch dieser Ansatz ist zu schmal. Er ignoriert, daß Geheimdienste nicht nur rechte, sondern auch linke Untergrundkämpfer unterstützt, munitioniert und gelenkt haben. Dies wird etwa beim Aufbau der Bader-Meinhof-Gruppe deutlich, erst recht bei der Ermordung von Aldo Moro durch die Roten Brigaden und bei den Attentaten der dritten RAF-Generation.

Warum sollten Staatsagenten aber Staatsfeinden, sei es von links oder von rechts, beim Morden helfen? Die einfachste Erklärung: Weil sie dadurch mithelfen können, die gesamte Linke oder die gesamte Rechte unmöglich zu machen. Die damalige Mordbrennerei der RAF diskreditierte alle kommunistischen Gruppen, die spätere des NSU fällt heute auf alle nationalen Strömungen zurück. Daß sich der Fokus verschoben hat, könnte mit den Interessen der USA zusammenhängen: In den siebziger Jahren kam der Antiamerikanismus von links, während die Rechte NATO-treu war. Heute hat Die Linke, wie Gregor Gysi dem US-Botschafter laut Wikileaks anvertraute, mit den USA nur noch ein Problem wegen Afghanistan, und das ist bald ausgestanden. In Punkto Syrien und Iran aber gibt sie ihren Protest nur noch brav zu Protokoll - während die Rechten immerhin gegen diese Kriege auf die Straße gehen. Daß dabei die Neonazis den Ton angeben können, während vernünftige Patrioten entsetzt zu Hause bleiben, hängt auch damit zusammen, daß unter den Radikalinskis genügend V-Leute sind, die die Irren anfeuern.

Weinheber-Denkmal erneut geschändet!

Wieder einmal haben linksextreme Denkmalstürmer das Denkmal für Josef Weinheber auf dem Wiener Schillerplatz geschändet.

Beim letzten Versuch hat das Wiener Gartenamt das Denkmal auf einen Betonsockel gestellt, um es den Verbrechern schwerer zu machen. Nunmehr haben sie versucht, den Sockel auszugraben und dabei ein tiefes Loch hinterlassen. Das Gartenamt hat veranlaßt, daß das Loch wieder zugeschüttet wurde.

Darüber regen sich die Linksextremen von der Plattform „Geschichtspolitik“ (!) auf und der rote Kultur(!)stadtrat Andreas Mailath-Pokorny bedauert es, daß die Schändung wieder gutgemacht wurde. Man muß sich fragen: Weiß der Mann wer Josef Weinheber war? Hat er schon einmal von „Wien wörtlich“ gehört? Von „Adel und Untergang“ sicher nicht.

Name ›Rommel‹ soll verschwinden.

Im Rahmen ihres Kampfes zur Umbenennung von Straßenschildern, die auf politisch nicht korrekte Persönlichkeiten hinweisen, wollen die Grünen jetzt alle nach Generalfeldmarschall Erwin Rommel benannten Kasernen umbenennen. „Rommel ist das Gesicht des Angriffs- und Vernichtungskrieges“, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, Omid Nouripour. In einem gemeinsamen Antrag setzten sich Grüne und Linkspartei dafür ein, alle Einrichtungen umzubenennen, die Namen führender Militärrepräsentanten des nationalsozialistischen Regimes“ tragen. Mit der Benennung von Kasernen nach solchen Personen werden die Taten von Kriegsverbrechern relativiert. Dies ist für die deutsche Gesellschaft untragbar.

Neues von der Antifa

Mit einer neuen Absurdität treibt man die Political Correctness auf die Spitze. Zielscheibe der Gutmenschen eines Migrantenmagazins mit Namen „M“ ist diesmal der Tiergarten Schönbrunn. Mit dem Werbeslogan „Meet Africa's royal families living in Vienna“ und einem Löwenkopf hat der im Bundeseigentum befindliche Schönbrunner Tiergarten das Migrantenmagazin gegen sich aufgebracht.

Offensichtlich möchte man den harmlosen Werbespruch, der sich an der Assoziation des Löwen als „König der Tiere“ orientiert, bewußt falsch verstehen, um künstliche Aufmerksamkeit und öffentliche Erregtheit zu provozieren. Nach Mohrenbräu-Bier und Zigeunerschnitzel muß nun eine unverfängliche Werbung für den erfolgreichsten Tiergarten Mitteleuropas erhalten. Simon Inou schreibt in seinem Kommentar: Afrika und die Afrikanerinnen werden es nie los. Sie werden immer mit Tieren assoziiert. Natürlich mit wilden Tieren, die es zu zähmen gilt. In der Öffentlichkeit werden Afrikanerinnen oft „jenseits von der Zivilisation“ - genauer gesagt von der westlichen Zivilisation - dargestellt... Auch die feinsten Königshäuser Afrikas werden auf Wiener Straßen lächerlich gemacht. Wie eine neue Kampagne des Tiergarten Schönbrunn betont: „Meet Africa's royal families living in Vienna“. Gemeint sind damit nicht Menschen sondern Tiere. Es sind afrikanische Löwen, Elefanten und Giraffen, die von Schönbrunn als Königsfamilien präsentiert werden. Es ist respektlos und ein Zeichen von Ignoranz gegenüber der vielen afrikanischen Königshäuser, die hier auf eine beschämende Art und Weise auf Tiere reduziert worden sind.

EU-Sozialisten möchten kritische Parteien aushungern

Immer autoritärere Züge legen die Sozialisten im EU-Parlament an den Tag. Sie haben unter der Schirmherrschaft von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) und dem österreichischen Delegationsleiter Hannes Swoboda (SPÖ) einen brisanten Vorschlag an die EU-Kommission herangetragen: EU- und Euro-kritischen Parteien sowie Fraktionen im Europäischen Parlament sollen die Förderungsgelder einfach gekürzt oder gänzlich gestrichen werden. Dieser autoritäre Vorstoß, der an vordemokratische Zeiten erinnert, firmiert unter dem Titel: „Wer die Werte der EU nicht respektiert, soll bestraft werden“.

Dänen leisten Widerstand gegen den autoritär-sozialistischen Vorstoß. Spät aber doch wurden nun auch Vertreter aus einzelnen EU-Mitgliedsstaaten hellhörig und leisten zumindest verbal Widerstand gegen den autoritär-sozialistischen Vorstoß. So kommt etwa von den Liberalen und Grünen aus Dänemark Kritik an den Plänen von Sozialisten und EU-Kommission. Der Partei-Sprecher der dänischen Liberalen, Lykke Friis, fürchtet eine „Vendetta gegen Andersdenkende“, der Grüne Nicholas Villumsen zeigt sich besorgt, daß man Strafen gegen Parteien „mit der falschen Meinung“ verhängen wolle.

Antisemitische Abgründe in Berlin?

Wie die Berliner Morgenpost berichtete, eskalierten in der BRD-Hauptstadt die möglicherweise jüdenfeindlichen Vorgänge. Die Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus kommentierte die Vorfälle wie folgt:

„Wir erleben hier das Ergebnis des von der Koach-Fraktion beförderten demokratischen Sittenverfalls in der Berliner Gemeinde. Um nicht eingestehen zu müssen, daß man selber die Gemeinde in eine hoffnungslose Lage manövriert hat, wird jetzt sogar zu Gewalt und Einschüchterung gegriffen. Dies ist beispiellos.“

Sittenverfall ist also demokratisch? Nun, was ist passiert? Während einer Diskussion im Gemeindeparlament der mit über 10.000 Mitgliedern größten und hochverschuldeten jüdischen Gemeinde in Berlin über eine drohende Zahlungsunfähigkeit gingen die Unterstützer des Vorsitzenden und Vertreter der Opposition aufeinander los. „Teilnehmer der Sitzung wurden gewürgt, Tische beiseitegeschoben, um sich auf mißliebige Kritiker zu stürzen.“ Die Handgreiflichkeiten konnten erst durch die Polizei abschließend beendet werden. Nun ist es natürlich kein Antisemitismus, wenn Juden andere Juden verprügeln oder gar würgen. Aber Mitverursacher der Geldnot ist möglicherweise Partymeister Wowereit als Ressortleiter der Senatskulturverwaltung, die eine für das zweite Quartal vorgesehene Zahlung von rund 1,4 Millionen Euro einbehalten hatte, „weil Joffe keinen regulären Stellenplan vorgelegt habe“. Lt. Staatsvertrag mit der jüdischen „Körperschaft öffentlichen Rechts“ zahlt der Staat unter anderem (!) 2 Fünftel der Personalkosten der Gemeinde. Sollte der Berliner Bürgermeister etwa feier- oder amtsmüde geworden sein?

Einladung zur 48. Politischen Akademie der AFP

18. bis 20. Oktober.2013

Eine Auswahl der Vortragsthemen:

**Österreich und die Deutsche Nation - Zu Lage und Widerstand im Nahen Osten -
Europäisch-nationale Bewegung in unseren Nachbarstaaten - Ein Herz für die Rasseforschung!**

Kommen Sie! Hören Sie! Sprechen Sie mit!

Der Euro versinkt im Schuldensumpf

Wie einst vor Ausbruch der Französischen Revolution haben Europas Politiker derzeit jedes Gefühl für die Rechte, Sorgen und Erwartungen ihrer Bürger verloren. Die Menschen brauchen eine wirtschaftlich gesicherte Grundlage für ihre Arbeit, ihre Ersparnisse, ihre Lebensplanung und ihre Zukunft - stabiles Geld.

Diese Grundlage einer Gesellschaft freier Bürger ist unverzichtbar. Wo sie fehlt, zerfallen Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Sozialsysteme, bricht die Zivilgesellschaft zusammen. Die Entwertung des Geldes war zu allen Zeiten Ursache wie Folge einer solchen Katastrophe. Wir Bürger wissen das aus bitterer Erfahrung. Europas politische Klasse aber offenbar nicht. Ihr muß diese Erfahrung abhanden gekommen sein, wie vor 200 Jahren im Frankreich des Sonnenkönigs Hofstaat und Adel.

Was geht in den Köpfen von Politikern vor, die über Nacht ein „Rettungspaket“ von 750 Milliarden beschließen, das alte Schulden in neue verwandelt? Doch nicht Staaten werden gerettet, sondern deren Geldgeber - die Banken. Und woher kommen diese Mittel? Steuerzahler und Währungshüter bringen sie auf: Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) geben ihre Unabhängigkeit auf. Sie werden zu Staatsbankiers. Sie brechen ihre Statuten und stellen frisches („inflationarisches“) Geld für den Ankauf der Staatsschulden bereit. Die größte und offensichtlichsste Lüge aber ist: Daß es den Schuldenländern danach gelingen wird, auch nur einen Cent dieser Kredite zurückzuzahlen. Die mit der Hilfe verbundenen Auflagen machen dies unmöglich. Griechenland und die anderen Euroländer stecken so tief im Morast der Krise, daß sie diese nicht tilgen können.

Als ob es keine anderen und besseren Alternativen für die Sanierung verschuldeter Staaten und Banken gäbe. Wir haben sie oft und deutlich genug aufgezeigt: Griechenland und die anderen Problemländer müssen die Eurozone verlassen; denn nur außerhalb ihrer Zwänge und Auflagen können sie sich - wie viele andere EU-Länder - außerhalb der Eurozone sanieren. Warum ihnen diesen Weg versperren? Sie kehren zu ihrer alten Währung zurück und werten sie ab. So gewinnen sie ihre verloren gegangene internationale Konkurrenzfähigkeit zurück. Wenn mehr Touristen Griechenland besuchen, kann es Devisen verdienen und seine Schulden tilgen. Hat die Politik den Verstand verloren? Glaubt sie wirklich, mit Inflationsexzessen das Vertrauen der Menschen und Märkte zurück zu gewinnen? Je größer und phantastischer die Dimensionen dieser Hilfsprogramme werden, desto kühler werden die Märkte ihre Inflationsgewinne berechnen: die Spekulation mit dem Werteverfall und dem billigen Nachkauf der sich entwertenden Vermögenstitel! Als vor über 200 Jahren die Französische Revolution ausbrach, hatten die Herrschenden auch jeden Kontakt zu Volk und Realität verloren. In Frankreich entschuldete sich der Hof mit Hilfe eines zweifelhaften Bankiers - er heißt John Law. Sein Name wurde zum Symbol jener fatalen Verbindung von Hochfinanz und Politik, an der jedes Gemeinwohl zerbricht. Wiederholt sich das nun mit anderen Namen im Zeichen Europas?

Die Unterzeichner haben dem Bundesverfassungsgericht ihre Klage vorgelegt, um den Rechtsgehalt des im Namen Europas vorgelegten Rettungspaketes prüfen zu lassen. Dessen wie eine Zeitbombe tickender ökonomischer Sprengstoff-Gehalt liegt ohnehin klar zutage. Es reicht nicht, ihn nur vor Gericht entschärfen zu wollen. Die Öffentlichkeit muß mitmachen. Daher dieser Appell. Denn eines ist klar: Weil die Politiker Europas die Rechtsgrundlagen seiner Gemeinschaftswährung zerstören, wird aus der Währungsunion eine Haftungsgemeinschaft. Sie setzt und hält ihrerseits ein Inflationskarussell in Bewegung. Das müssen wir verhindern.

Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, KA Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbaty.

Wir finanzieren unseren Kampf für die Stabilität unseres Geldes aus unseren privaten Mitteln.

Die Grünen und die Linksextremen in der BRD

Nach der skandalösen Kampagne „Ich bin linksextrem...“ der Grünen Jugend und der Linksjugend [solid], der Nachwuchsorganisation der Linkspartei hat die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach die Grünen aufgefordert, sich von ihrer Jugendorganisation zu trennen. „Wer sich offen in die Traditionslinie von RAF, Roten Brigaden und gewaltbereitem „Schwazen Block“ begibt, verliert den Anspruch in einer Demokratie als demokratische Partei ernst genommen zu werden“, so Steinbach. Die Distanzierungen der Grünen vom Linksextremismus würden „durch die Grüne Jugend und ihr Bekenntnis zum Linksextremismus ad absurdum geführt“. Wie tief die Grüne Jugend tatsächlich in den linksextremen Sumpf verstrickt ist, wird schon an Hand der Bundesvorsitzenden der Organisation, Sina Doughan, deutlich. Doughan ist Mitglied in der linksextremen „Roten Hilfe“, welche von Strafverfolgung bedrohte oder bereits inhaftierte linksextreme „Aktivisten“ unterstützt.

Wiener Beobachter, Folge 246 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at.

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien